

21. August 2018, von Michael Schöfer Was Raffelhüschen & Co. außer Acht lassen

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) erntet derzeit viel Kritik für seinen Vorschlag, das heutige Rentenniveau in Höhe von 48 Prozent eines Durchschnittsverdienstes bis 2040 zu sichern. Das ist, wie kann es anders sein, die Stunde der vermeintlichen Rentenexperten, wie etwa die von Professor Dr. Bernd Raffelhüschen. Eine auskömmliche Rente? Können wir uns angeblich nicht leisten, lautet kurz gesagt das Fazit des Professors: "Die Standardrente bis 2040 bei 48 Prozent des Durchschnittslohns zu stabilisieren, sei 'unfinanzierbar und unfair gegenüber den Jüngeren', sagte Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg der Süddeutschen Zeitung. (...) Raffelhüschen rechnet vor, dass der Beitrag zur Rentenkasse von derzeit 18,6 Prozent bis 2040 auf 29 Prozent des Bruttoverdienstes steigen müsste. 'Die jüngeren Arbeitnehmer würden noch mehr geschöpft', kritisiert er. 'Die Akzeptanz des Rentensystems wird schwinden. Deutsche werden massiv versuchen, den Beiträgen auszuweichen', etwa durch Selbständigkeit oder Verlegung von Arbeitsverhältnissen ins Ausland." [1] Maria hilf, der Beelzebub geht um!

Raffelhüschen verbreitet gerne Panik und wirft mit Horrorzahlen um sich, Scholz' Rentenpläne würden "langfristig" Kosten in Höhe von 3 Billionen Euro verursachen. Völlig klar, warum unsere Rentner verarmen müssen - zum Wohle Deutschlands. Klingt paradox, ist aber so, wenn man den Herrn Professor ernst nimmt. Dass er gar kein unabhängiger Wissenschaftler ist, wird von der Süddeutschen allerdings verschwiegen. Der mit der Aura eines Professors daherkommende Raffelhüschen gilt seit langem als Verfechter der privaten Zusatzrente und sitzt im Aufsichtsrat der Ergo-Versicherungsgruppe. Mit anderen Worten: Er hat ein Eigeninteresse daran, die gesetzliche Rente schlechtzureden. Ein Interessenkonflikt wie aus dem Lehrbuch. Die Ergo-Versicherungsgruppe verkauft nämlich, Sie ahnen es bereits, private Rentenversicherungen. Das Absinken des Rentenniveaus ist im Wesentlichen auf die Rentenreform der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) zurückzuführen. Und wer hat die Regierung damals beraten? Unter anderem ein gewisser Bernd Raffelhüschen.

Es ist beschämend, dass in einem immer reicher werdenden Land bestimmte Schichten peu à peu an den Rand gedrängt werden. Und dreimal dürfen Sie raten - Professoren gehören nicht dazu. Im Hinblick auf die Rente habe die Politik lediglich drei Stellschrauben zur Verfügung: das Rentenniveau, das Renteneintrittsalter und den Beitragssatz. Solange man innerhalb des Systems bleibt, scheint sonnenklar zu sein: Treffen die unterstellten Änderungen des demographischen Aufbaus der Bevölkerung wirklich zu (steigende Anzahl an Rentnern, höhere Lebenserwartung der Bevölkerung, sinkende Anzahl an Beitragszahlern), bekämen wir unweigerlich Finanzierungsprobleme. Das versichern uns jedenfalls die Rentenexperten. Doch von der generellen Unsicherheit der Prognosen abgesehen ist das Ergebnis keineswegs in Stein gemeißelt.

Ein Beispiel: 2017 waren in Deutschland nur 1,4 Prozent der Erwerbstätigen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft tätig, 1950 waren es noch 24,6 Prozent. Vor 70 Jahren hat ein Landwirt nur 10 Personen ernährt [2], heute sind es jedoch 155. [3]. Geht man zurück ins Jahr 1900, sind die Unterschiede sogar noch gewaltiger: Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts hat ein Landwirt bloß 4 Menschen sattgemacht. Die enorme Produktivitätssteigerung hat dafür gesorgt, dass wir trotz eines erheblichen Bevölkerungsanstiegs nicht verhungerten (im flächenmäßig wesentlich größeren Deutschen Reich lebten anno 1900 ganze 56,4 Mio. Menschen, in der viel kleineren Bundesrepublik sind es dagegen momentan 82,5 Mio.). Woran liegt's? Antwort: "Der Ertrag für einen Hektar Weizen lag vor rund 100

Jahren bei gerade mal 1.850 Kilogramm, heute liegt der Weizenertrag bei rund 8.100 Kilogramm." [4]

Vielleicht hätte ein Ernährungsexperte vom Schlage Raffelhüschen seinerzeit gesagt: Bei einem kontinuierlich sinkenden Anteil der Landwirte und einem rasant steigenden Anteil der Esser, die zu allem Überfluss auch noch länger leben, bleibt uns nichts anderes übrig, als jedem Einwohner die Rationen zu kürzen. Und auf den ersten Blick wäre das auch logisch erschienen. Aber nur auf den ersten Blick. Was Raffelhüschen & Co. außer Acht lassen: Egal wie man die Rente organisiert, ob umlagefinanziert oder kapitalgedeckt, stets muss der Anteil für die (unproduktiven) Rentner jeweils im laufenden Jahr vom erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt abgezweigt werden. Wenn die Erwerbstätigen (ähnlich wie ehemals in der Landwirtschaft) durch eine Steigerung der Produktivität ihren zahlenmäßigen Rückgang kompensieren, wird eine Kürzung des Rentenniveaus überflüssig.

Und was spricht dagegen, die Rente etwa durch eine Wertschöpfungssteuer zu finanzieren, um die Beitragszahler zu entlasten? Es gibt nicht nur drei Stellschrauben, mithin nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Die Produktivität lässt sich ebenso forcieren wie die Umorientierung hinsichtlich der Finanzierungsgrundlage. Anders als Raffelhüschen & Co. suggerieren hat die Rente so gesehen überhaupt kein Finanzierungsproblem. Und sie wird auch in zwanzig Jahren keins haben. Die Absenkung des Rentenniveaus ist kein Naturgesetz, sondern war eine - durchaus rückgängig zu machende - politische Entscheidung, die allzu bereitwillig dem neoliberalen Paradigma folgte.

Warum schlagen das die selbsternannten Rentenexperten nie vor? Nun, weil dem vermutlich besagte Interessenkonflikte im Weg stehen. Wer die gesetzliche Rente stärkt, schwächt logischerweise die private Rentenversicherung. Formulieren wir es mal so: Würden Sie im Aufsichtsrat eines Autobauers sitzen und gleichzeitig für strengere Abgasnormen plädieren? Na, sehen Sie...

[1] Süddeutsche vom 20.08.2018

[2] Deutscher Bauernverband, Jahrhundertvergleich

[3] Rheinischer Landwirtschafts-Verband, Pressemeldung vom 11.01.2017

[4] Bundesinformationszentrum Landwirtschaft, Landwirtschaft gestern und heute